

AMNESTY INTERNATIONAL . Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



18. März 2020

USA: TRUMP-REGIERUNG NUTZT CORONAVIRUS-PANDEMIE ZUR RECHTFERTIGUNG EINES DISKRIMINIERENDEN EINREISEVERBOTS FÜR ASYLSUCHENDE AN DER SÜDGRENZE

Im Anschluss an Berichte, denen zufolge die Trump-Administration beabsichtigt, eine neue Regelung zu erlassen, die es US-Beamten erlauben würde, alle aus Mexiko einreisenden Asylsuchenden angesichts der Coronavirus-Pandemie zurückzuweisen, gab Charanya Krishnaswami, Direktorin für den amerikanischen Kontinent bei Amnesty International USA (AIUSA), folgende Erklärung ab:

"Das Verbot der Trump-Regierung für Asylsuchende aus Mexiko wird nichts dazu beitragen, die AmerikanerInnen besser vor der Coronavirus-Pandemie zu schützen. Präsident Trump betreibt Panikmache, um eine rassistische und diskriminierende Politik zu rechtfertigen, deren einziger Zweck darin besteht, Menschen zu dämonisieren, die Sicherheit suchen. Die Schließung der Südgrenze ist eine reaktionäre Maßnahme, die tatsächlich keine faktische Grundlage hat".

"Die Trump-Administration kann die Verpflichtungen der USA gegenüber Menschen, die Sicherheit suchen, nicht plötzlich aussetzen. Ein generelles Verbot für Asylsuchende verstößt schlicht und einfach gegen die innerstaatlichen und internationalen rechtlichen Verpflichtungen der US-Regierung. Ein ähnliches Verbot aus dem Jahr 2018 wurde rasch von jedem damit befassten Gericht für rechtswidrig erklärt, da es als eine ungeheuerliche Verletzung des Rechts auf Asyl betrachtet wurde."

"Die Trump-Administration hat bereits Zehntausende von Asylsuchenden in Mexiko in Gefahr gebracht und sie gezwungen, unter gefährlichen und prekären Bedingungen zu überleben, und sie der entsetzlichen Gefahr von Entführung, Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt. Anstatt diese fehlgeschlagenen Versuche zu verdoppeln, sollte die Trump-Administration diese grausame und strafende Politik umkehren und es den Menschen ermöglichen, in Sicherheit zu kommen, wie es das US-amerikanische und internationale Recht verlangen. "

AMNESTY
INTERNATIONAL



Hintergrund:

Gestern schickten Amnesty International USA zusammen mit Human Rights First und Ärzte für Menschenrechte [Briefe an Gouverneure und Gesundheitsbeamte](#) in 13 Bundesstaaten mit der Bitte, Druck auf die US-Bundesregierung auszuüben, damit diese die in ihren Bundesstaaten inhaftierten Einwanderungshäftlinge freilässt. Weiter forderten sie den amtierenden Leiter des Heimatschutzministeriums auf, Asylsuchende und Einwanderer, die derzeit unter unzulänglichen Bedingungen in Einwanderungshaftanstalten festgehalten werden, freizulassen. Während einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit [muss die Regierung handeln](#), um die Gesundheit aller Menschen zu schützen und den Zugang zu Versorgung und Sicherheit zu gewährleisten, und darf sie nicht wahllos an den Grenzen wegschicken oder unter unhygienischen und beengten Bedingungen mit unzureichender medizinischer Versorgung einsperren.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

USA: Trump administration using coronavirus pandemic to justify discriminatory ban on asylum-seekers at southern border

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/usa-trump-coronavirus-pandemic-discriminatory-ban-asylum-seekers/>

